

KOMPAKT

Gabriel: Bush hinkt Umweltproblemen hoffnungslos hinterher

BERLIN/PARIS (rtr) Die Vorschläge von US-Präsident George W. Bush zum Klimaschutz sind weltweit auf teils heftige Kritik gestoßen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel nannte Bushs Rede enttäuschend. Dessen Plan, den Anstieg des CO₂-Ausstoßes in den USA bis zum Jahr 2025 zu stoppen, „hinke den Problemen hoffnungslos hinterher“, erklärte Gabriel gestern. Der US-Präsident habe mit seiner Rede vom Vortag keine Führung in der Klimafrage übernommen. Auch Teilnehmer des so genannten „Treffens der größten Volkswirtschaften“ (Major Economies Meeting) in Paris betonten, die Welt brauche ehrgeizigere Ziele als den von Bush vorgelegten Plan.

Reform-Pannen – Sarkozy droht seinen Ministern

PARIS (afp) Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat mehreren Ministern und Staatssekretären mit dem Rauswurf aus der Regierung gedroht. Grund ist eine Reihe von Pannen bei seinen Reformen. „Das nächste Mal weise ich euch die Tür. Das ist das letzte Mal, dass ich das akzeptiere“, soll Sarkozy in einer Kabinettssitzung gesagt haben. Es dürfe keine neuen Fehlritte geben. Unter anderem hatte Umwelt-Staatssekretärin Nathalie Kosciusko-Morizet Sarkozy in einem Interview Feigheit vorgeworfen.

Tausende Palästinenser trauern um Kameramann

GAZA (ap) In Gaza haben sich gestern mehrere Tausend Menschen einem Beerdigungszug für einen Kameramann der Nachrichtenagentur Reuters angeschlossen. Der 23-Jährige gehört zu 20 Palästinensern, die während einer israelischen Offensive im Gazastreifen am Mittwoch getötet worden waren. Seine letzten Filmaufnahmen zeigen eine Panzergranate, die in seine Richtung fliegt – kurz danach ist eine laute Explosion zu hören.

Russland erlässt Libyen Milliarden an Schulden

Putin (l.) und Gaddafi FOTO: AFP

MOSKAU / TRIPOLIS (afp) Im Gegenzug zu Milliarden-Verträgen für russische Firmen hat Russland Libyen Schulden von mehr als vier Milliarden Dollar erlassen. Die Schulden aus der Sowjet-Zeit seien „rein militärischer“ Art, sagte Finanzminister Alexej Kudrin. Russlands Präsident Wladimir Putin hielt sich bis gestern zu einem Staatsbesuch in Libyen auf. Er zeigte sich zufrieden über die Schulden-Lösung. Nach dem Besuch in Tripolis flog Putin weiter nach Sardinien. Dort empfing ihn Italiens designierter Regierungschef Silvio Berlusconi.

Verwirrung um angebliche Massen-Ausweisung Chinas

BERLIN (ddp) Das Auswärtige Amt hat mit Zurückhaltung auf Meldungen reagiert, wonach alle ausländischen Studenten in China während der Olympischen Spiele das Land verlassen müssten. Es seien „keine entsprechenden Hinweise bekannt“, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) gestern in Berlin. Zuvor hatten verschiedene Medien unter Berufung auf chinesische Universitäten berichtet, dass im Juli und August alle ausländischen Studenten ausreisen müssten. Eine angebliche entsprechende Anweisung chinesischer Universitäten konnte das Außenministerium in Peking aber nicht bestätigen.

Attentat auf Markt in Afghanistan: 24 Tote

KABUL (rtr) Ein Selbstmordattentäter hat sich in der afghanischen Provinz Nimroz in die Luft gesprengt und mindestens 24 weitere Menschen mit in den Tod gerissen, darunter auch zwei Polizisten. Der Anschlag ereignete sich auf einem Markt der Provinzhauptstadt Zaranand. Der Attentäter habe seine Bombe gezündet, als sich Männer zum Abendgebet in einer Moschee versammelten, erklärte der Gouverneur der Provinz. Mindestens 35 Menschen seien verletzt worden. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sprach sich gestern für eine deutliche Aufstockung der EU-Polizeimission in Afghanistan aus.

Globalisierung gestalten

Im **Hauptstadtgespräch** unserer Zeitung debattierten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eine deutsche **Zukunftsfrage**: Was bedeutet die weltweite Vernetzung für unser Land? Wie gehen wir damit um?



Der britische Botschafter **Sir Michael Arthur**: „Sie sind sehr erfolgreich – wovor haben Sie Angst?“



SPD-Landeschefin **Hannelore Kraft**: „Die Politik muss Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewinnen.“



DIAS-Vorsitzender **Dimitrios Argirakos**: „Die Bevölkerung ist nicht vorbereitet.“ FOTOS (3): ANDREAS BRETZ

VON FRANK VOLLMER

DÜSSELDORF Eigentlich ist Hannelore Kraft von Kopf bis Fuß auf Angriff eingestell. Sie ist schließlich Oppositionsführerin und Chefin der Landes-SPD. Beim zweiten Hauptstadtgespräch jedoch, zu dem unsere Zeitung mit dem Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS) geladen hatte, stand Kraft in Sachen Weltwirtschaft in der Defensive. Über „Deutschland in der Globalisierung“ diskutierte die Sozialdemokratin mit Chefredakteur Sven Gösmann, dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Michael Arthur, und dem DIAS-Vorsitzenden Dimitrios Argirakos.

Für oder gegen Globalisierung zu sein, ist nicht mehr die Alternative. Das weiß auch die studierte Ökonomin Kraft. Meinungsverschiedenheiten gibt es erst, wenn das Wie zur Debatte steht. Kraft forderte vor knapp 100 Gästen im Düsseldorfer Pressehaus politische Regeln für den weltweiten Wettbewerb. Die Globalisierung sei zwar ein „Erfolgsmodell für Deutschland“, führe aber auch zu sozialen Verwerfungen. Verlierer sei vor allem die Mittelschicht.

Der Weggang von Nokia aus Bochum sei ein „Warnhinweis“ gewesen, so Kraft: „So kann es nicht weitergehen. Die Politik muss Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewinnen.“ Die EU stehe dabei besonders in der Pflicht, zumal der wirtschaft-

lichen Integration keine vergleichbare soziale Vereinheitlichung entspreche. Zudem müsse Deutschland endlich klar festlegen, wie es sich die zukünftigen Grundregeln des Welthandels vorstelle.

Mit dem Satz, es sei nicht fair, wenn ein Mittelständler aus dem Sauerland mit chinesischen Staatskonzernen konkurrieren müsse, handelte sich Kraft Widerspruch von Arthur ein. Dessen Gegenfrage: „Was wäre die Antwort – Steuersubventionen?“ Kraft verneinte, bekannte sich aber später doch zu zielgerichteten Steuerhilfen. Auch ihrer Kritik, die britische Politik sei unsozial, widersprach Arthur. Er verwies auf die niedrige Arbeitslosigkeit im Königreich und auf den britischen Mindestlohn: „Wir sind keine Amerikaner – auch wir sind Europäer.“

Dabei waren sich Kraft und Arthur im Grundsatz einig: Globalisierung muss gestaltet werden, sie braucht politische und soziale Mindeststandards. „Wir können nicht alles bewahren, was früher war“, sagte Arthur. Sinnvoll sei ein soziales Netz, das die heftigsten Folgen des Strukturwandels abfangen könne. Aber: „Man kann das alles nicht einfach wegnehmen.“ Arthur, der seit Oktober 2007 britischer Botschafter in Berlin ist, kleidete das paradoxe deutsche Unbehagen über die Globalisierung in eine rhetorische Frage: „Sie leben vom Außenhandel, Sie sind sehr er-

folgreich – wovor haben Sie Angst?“ Deutschland habe allen Grund, selbstbewusst zu sein.

Argirakos konstatierte, die derzeitige Krise sei Ausdruck der „Geburtswehen des neuen internationalen Finanzsystems“. Die Deutschen hätten die Veränderungen noch gar nicht begriffen: „Die Bevölkerung ist nicht vorbereitet auf das, was in den nächsten hundert Jahren auf uns zukommen wird.“ Der DIAS-Chef und Politikberater plädierte für eine Realpolitik in Bismarckscher Manier, die entschlossen eigene Interessen verfolgt. Europa müsse sich von dem Traum

verabschieden, seine Vorstellungen etwa von Menschenrechten weltweit zu exportieren – „auch wenn diese Überzeugungen richtig sind“.

Die „historische Chance“, die Europa ergreifen müsse, sei vielmehr die Expansion des Euroraums und die Bildung einer universalen westlichen Freihandelszone unter Einschluss mindestens der USA – „eine Art wirtschaftliches Imperium“. Hier müssten Rechtsstaatlichkeit und fairer Handel gelten. Diese Zone gelte es dann nach und nach zu erweitern. Eine politische Union Europa werde es dagegen „so nicht geben“. Zu heterogen sei die Gemeinschaft inzwischen geworden.

Zur Realpolitik bekannte sich am Ende sogar die Sozialdemokratin Kraft. Entwicklungshilfe etwa dürfe „auch andere Ziele haben, als Armut zu verringern“. Paradebeispiel sei Frankreich, das in aller Welt eigene Wirtschaftsinteressen entschlossen durchsetze, freilich mit deutlich protektionistischem Zungenschlag.

Alles hängt mit allem zusammen, heißt die Binsenweisheit der globalisierten Welt. Sie galt auch im Hauptstadtgespräch. So war es Michael Arthur beinahe peinlich, als er auf Gösmanns Frage nach seinem liebsten nächsten Dienort antworten sollte: Er gehe demnächst in den Ruhestand, bekannte der Botschafter, und für die Zeit danach habe er schon ein Haus – ausgerechnet in Frankreich.

INFO

Hauptstadtgespräch

Das **Forum** ist von unserer Zeitung und vom Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS) 2007 ins Leben gerufen worden. Das Hauptstadtgespräch versteht sich als Diskussionsplattform für Themen von internationaler Bedeutung. Beim ersten Gespräch im Oktober ging es um die Verlängerung des deutschen Afghanistan-Einsatzes.

Das **DIAS** wurde 2003 von jungen Wissenschaftlern der Heinrich-Heine-Universität und von Experten aus der Praxis gegründet. Es zählt bereits heute zu den renommiertesten Denkfabriken Deutschlands.

Fackellauf wird zur Farce

VON CHRISTINE MÖLLHOFF

NEU-DELHI Es ist eine traurige Veranstaltung. Geradezu verloren wirken die Fackelträger, die die olympische Flamme in Delhis Regierungsviertel über die breite Prachtallee vom Präsidentenpalast zum India Gate tragen. Fast nur Sicherheitskräfte säumen die fast menschenleere Strecke, die von neun auf 2,3 Kilometer verkürzt wurde. Wenige ausgewählte Zuschauer dürfen einen Blick auf die Flamme werfen.

Aus Angst vor Krawallen fand der olympische Fackellauf gestern in Indiens 14-Millionen-Einwohner-Hauptstadt unter Ausschluss des Volkes statt. Noch nie habe Delhi ein solches Sicherheitsaufgebot erlebt, staunten Kommentatoren. Tatsächlich glich das Zentrum einer Festung. 15 000 Polizisten sicherten die Strecke. Bewohner und Arbeitnehmer in den anliegenden Gebäuden durften über Stunden die Häuser nicht verlassen, mussten alle Türen und Fenster geschlossen halten.

Ohnehin schlugen die Herzen vieler Menschen für eine andere Flamme – die „Flamme des Friedens“. Mit einem eigenen Fackellauf protestierten Tausende Exil-Tibeter, aber auch Inder, Touristen

und Ausländer in der Innenstadt gegen Chinas Regime in Tibet. Angeführt von dem früheren Verteidigungsminister George Fernandes zogen sie singend und betend vom Grabmal Mahatma Gandhis zur Sternwarte Jantar Mantar, wo sie mit Jubel empfangen wurden.

Viele Sportler stellten sich auf die Seite der Tibeter. Noch in letzter Minute sagten mehrere prominente offizielle Fackelträger ihre Teilnahme ab. Darunter war auch der Cricket-Spieler Sachin Tendulkar, der in Indien ein Superstar ist. Zuvor hatte die Bollywood-Schönheit Soha Ali Khan den olympischen Veranstaltern eine Absage erteilt.



Gespensisch: Fast nur **Sicherheitskräfte** und freiwillige Helfer säumen die Prachtallee zum India Gate, auf der die Fackel präsentiert wurde. FOTO: REUTERS

Auf dem Subkontinent leben 100 000 Exil-Tibeter. Viele Inder verehren den Dalai Lama. Und so gab es abseits der Strecke gestern immer wieder Proteste. Mindestens 180 Menschen wurden festgenommen.

Der Fackellauf spiegelt Indiens Zwiespalt wider. Einerseits bemüht sich Delhi um gute Beziehungen zu China. Andererseits wollte die Regierung friedliche Proteste der Exil-Tibeter nicht verbieten. Ergebnis: Der Fackellauf wurde zur Farce.

Internet Bilderstrecke vom olympischen Fackellauf in Indien unter www.rp-online.de/politik

KOMPAKT

Bischöfe: Verlagerung von Jobs ins Ausland ist nicht verwerflich

MAINZ (epd) Die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland in Billiglohnländer hat nach Ansicht des ehemaligen Vorsitzenden der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, durchaus positive Aspekte. In Entwicklungsländern und in Osteuropa könnten dadurch breite Bevölkerungsschichten der extremen Armut entkommen, sagte Lehmann bei der Vorstellung der Studie einer von der Bischofskonferenz eingesetzten Sachverständigenkommission in Mainz. Der Anteil der Arbeitnehmer in Industrieländern, die durch eine solche Umsiedlung von Betriebsstätten ihren Job verloren hätten, sei minimal, heißt es in der Studie. Vielmehr würden in den heimischen Unternehmen oft Stellen erhalten oder ausgebaut, weil die Auslagerung von Produktionsstätten Kosten senke oder neue Märkte erschließe.

UN zweifeln Irans Aussage über Uran-Fortschritte an

BERLIN/TEHERAN (rtr) Der Iran hat nach Einschätzung von UN-Experten bei der Installation von Schlüsseltechniken seines Atomprogramms weniger Fortschritte gemacht als behauptet. „Sie bauen Zentrifugen des alten Typs“, sagte der Chef der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA, Mohamed El-Baradei. Er reagierte damit auf die Ankündigung des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, sein Land werde 6000 moderne Zentrifugen zur Urananreicherung bauen. „Das Tempo des Fortschritts ist nicht sehr schnell“, sagte El-Baradei. Nach bisher rund 3000 Zentrifugen habe der Iran jetzt 3300 oder 3400.

Brown: Mugabe hat die Präsidentenwahl verloren

NEW YORK / HARARE (rtr) Im Streit über den Ausgang der Präsidentenwahl in Simbabwe nimmt der internationale Druck auf den Amtsinhaber Robert Mugabe zu. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte am Rande einer Sitzung des Sicherheitsrats, die Welt warte auf ein entschiedenes Vorgehen der Nachbarstaaten. Der britische Premierminister Gordon Brown sagte, Mugabe habe verloren: „Eine gestohlene Wahl kann keine demokratische Wahl sein.“ Die Führung in Harare wies die Vorwürfe scharf zurück. Nach wie vor liegt kein Ergebnis der Präsidentenwahl am 29. März vor.

Selbstmordanschlag auf Beerdigungs-Gäste im Irak

BAGDAD (ap) Ein Selbstmordanschlag mit mindestens 50 Toten hat im Irak die Sorge verstärkt, dass der Aufstand sunnitischer Extremisten neu aufflammen könnte. Der Anschlag richtete sich gegen die Trauergäste bei einer Beerdigung 150 Kilometer nördlich von Bagdad. Beigesetzt wurden zwei sunnitische Brüder. Sie hatten der Terrororganisation Al Qaida Widerstand geleistet und die US-Truppen unterstützt. Die größte sunnitische Partei im Irak gab untermessen bekannt, sie sei grundsätzlich zu einer Rückkehr in die von Schiiten geführte Regierung in Bagdad bereit.

TV-Debatte: Obama allein gegen alle

VON FRANK HERRMANN

WASHINGTON Barack Obama muss sich sehr einsam gefühlt haben, als er in der Nacht zu gestern mit Hillary Clinton debattierte, zum 21. Mal: Von allen Seiten prasselt Kritik. Nicht nur seine Rivalin setzt ihm zu, auch die beiden Moderatoren von ABC nehmen ihn so in die Mangel, dass Obama nach Ansicht vieler US-Medien seine bis dato schwächste Vorstellung bietet. Er wirkt müde, einsilbig, streckenweise verärgert. Und irritiert. Denn George Stephanopoulos, der Fernsehjournalist, der am gründlichsten nachhakt, war einst Kommunikationsdirektor des Präsidenten Bill Clinton.

Um Grundsatzpolitik geht es nicht mehr, wenn sich Clinton und Obama im Studio duellieren. Es geht nur noch um Persönliches, oft so verbissen, dass führende Demokraten voller Sorge zur Waffenruhe aufrufen. Obamas Pfarrer, seine überlegte Malocher-Schelte, das alles zieht Hillary heran, um das Bild eines unsicheren Kantonisten zu zeichnen, der zwar schöne Reden halte, aber zu viele Leichen im Keller habe.

Nicht nur alte Hüte, auch neue Namen werden in die Debatte geworfen: etwa William Ayers. Ein Professor aus Chicago, der in den 60er Jahren Bomben zündete, in der wahnsinnigen Hoffnung, ein Fanal zum Sturz der Regierung zu geben. Obama kennt Ayers, was man ihm prompt unter die Nase reibt. Gereizt spricht er von lächerlichen Spielen.

Schließlich die Sache mit den weißen Malochern, ein Ausrutscher, der Obama bei der Vorwahl im überwiegend weißen, industriellen Pennsylvania wertvolle Stimmen kosten kann. Der Harvard-Absolvent skizzierte sie neu als verbitterte Zeitgenossen, die sich in schweren Zeiten an das klammern, was sie kennen: Religion und Gewehr. Kein Tag vergeht, an dem ihm Clinton, die Enkelin eines Fabrikarbeiters aus Pennsylvania, nicht elitären Hochmut vorhält. „Die Menschen gehen nicht nur in die Kirche, wenn die Zeiten unsicher sind“, belehrt sie den Senator. Da habe der verehrte Kollege wohl etwas falsch verstanden.

Internet Special zu den Wahlen in den USA unter www.rp-online.de/usa